

Stadtrat will für Toleranz in Pößneck eintreten

PDS setzt sich mit Erklärung gegen rechte und ausländerfeindliche Gewalt nicht durch

Pößneck (OTZ/mko). Der Pößnecker Stadtrat hat in seiner Sitzung am vergangenen Donnerstag eine „Erklärung für Menschenwürde und Toleranz“ verabschiedet. Sie wurde von Jürgen Kraft (SPD) gegen die „Erklärung gegen rechte und ausländerfeindliche Gewalt“ der PDS eingebracht, von Manfred Brückner (CDU) ausdrücklich unterstützt und schließlich mit fünfzehn Ja bei sieben Nein-Stimmen und einer Enthaltung beschlossen.

In der „Erklärung für Menschenwürde“ heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieser Kernsatz des Grundgesetzes ist für die Mitglieder des Pößnecker Stadtrates nicht verhandelbar. Er gilt wörtlich, zeitlich und räumlich uneingeschränkt und absolut. Er gilt für Menschen allen Alters, aller Konfessionen, beiderlei Geschlechtes, aller Hautfarben und Herkunftsländer – er gilt für alle Menschen.“ Das Grundrecht der Menschenwürde wollen die Pößnecker Stadträte mit Nachdruck für alle Bewohner und Gäste der Stadt sichern. Gleichzeitig rufen sie Bürger auf, jeglichen Einschränkungen mutig und entschieden entgegenzu-

treten. Weiter heißt es wörtlich: „Wir wollen gemeinsam ein Klima der Angstfreiheit, der Mitmenschlichkeit und der Toleranz in unserer Stadt erhalten. Diese Toleranz endet allerdings dort, wo Menschenverachtung, Rassismus oder Vandalismus Raum greifen.“ Ein „energisches Stopp“ sei all jenen zu bieten, „die die Freiheit mit Intoleranz, Hass und Gewalt angreifen“. Die Erklärung des Stadtrates endet mit folgendem Versprechen: „Pößneck wird nicht wegschauen, sondern mit Zivilcourage entgegenzutreten und handeln!“

In der Debatte vor der Verabschiedung der Erklärung hatte Fritz Kleine (PDS) vor einer „Vermischung und Verwässerung“ der Fragen gewarnt. Obwohl sie zuletzt nicht mehr in Erscheinung getreten seien, existierten in Pößneck nach wie vor „rechte Potenziale“. Constanze Truschinski (PDS) forderte die Verurteilung eines „konkreten lokalen Problems“ und hatte auch auf 150 Unterschriften verwiesen, die unter die Erklärung ihrer Partei gesetzt wurden. Aber letztlich setzte sich die von der Birso unterstützte PDS nicht durch.